

MUTATIONEN UND STAGNATION, STRUKTURVERÄNDERUNGEN UND SKLEROSE AUF DEM SCHACHBRETT DER INTERNATIONALEN POLITIK

Dionisie Gherman

(Die immerwährende Prädominanz der Großmächte)

- ◆ *Europäische Gemeinschaft am Kreuzweg*
- ◆ *Schwelle der Vollendung*
- ◆ *Zwist und Konkurrenzdenken*
- ◆ *Die Frage der Wiedervereinigung Europas*

Dipl. sc. pol., Dr. phil., Dir. Inst. f. Rumänienforschung - Hochschule f. Politik, Universität München.
Hauptarbeitsgebiet: Zeitgeschichte, Politikwissenschaft, Kirchengeschichte, Philosophie.
Selbstverfaßte Bücher: Die kommunistische Umdeutung d. rumän. Geschichte 67; Rumänien 68; Die rumän. Außenpolitik in d. Ära Ceausescu 79; Die Nationale Souveränitätspolitik d. S.R. Rumänien 81; Rumänien - Marxismus-Leninismus in Theorie u. Praxis 90; Begriffliche Erläuterungen 94; Despre democrație 96.
Professor und Senatsmitglied - Hochschule für Politik, Univ. München, Direktor "Deutsch-rumänisches interdisziplinäres Forschungsinstitut" München, "Rumänisches Forschungsinstitut" Bukarest, Kuratoriumsmitglied Intern. Institut für Nationalitätenrecht und Regionalismus (INTEREG), München; Südostdeutsche Hist. Kommission, Stuttgart; München, Salzburg; Bukowina Inst., Augsburg; Deutsche Atlantische Gesellschaft, Bonn; Gesellschaft Auslandsforschung, München; Dt. Gess. f. ausw. Politik, Bonn; American Association for the Advancement of Slavic Studies, Palo Alto - California; Hist. Inst. A.D. Xenopol, Jassy; Hist. Inst. Klausenburg.

1. Historischer Rückblick.

Vor der Französischen Revolution gab es kein stabiles Parallelogramm politischer oder militärischer Kräfte. In der vorhergehenden Jahrhunderten und Jahrtausenden gab es für kurze (etwa die Regierungszeit eines Monarchen) oder für längere Zeit (die Dauer eines Imperiums) einzelne Großmächte und Hegemonien. Wenn es zugleich mehrere davon gab, stellten sich oft Auseinandersetzungen und Kriege untereinander ein, stets Rivalitäten und meist auch kurzfristige, zweckgebundene Bündnisse. In der letzten Jahrtausendhälfte hat es freilich einen kontinuierlichen Kampf um Vormacht gegeben, zwischen den "Großen" auf Kosten der "Kleinen". Als kontinentale Katastrophe wurde insbesondere die von den geschlagenen oder zeitweilig beherrschten Mächten als historische Zäsur empfundene stürmische Expansion des napoleonischen Frankreich. Nach dem Zusammenbruch der "Grande Armée", im russischen Feldzug 1812, rafften sich die vormaligen Großmächte zusammen, die bis dahin einer Politik "contra omnes" frönten, und beschlossen 1815 in Wien die (Un-) "Heilige Allianz" zu gründen. In Wirklichkeit hat es sich dabei nicht um ein echtes Bündnis, sondern um

eine Verständigung der europäischen Großmächte über eine europäische Neuordnung gehandelt, welche "das Gleichgewicht" der Kräfte anstrebt und gegenseitige Konflikte zu vermeiden sucht. Die in Waterloo beseitigte "Supermacht" Frankreich dürfte übrigens am "grünen Tisch" teilnehmen und ihre Vorstellungen über die Neuordnung Europas einbringen. Auch Modalitäten einer Einberufung von "crisis management" in Spannungsfällen wurde besprochen. Die abgesprochene Kooperation erwies sich oft als wirksam, unter anderen 1848 bei der Niederwerfung des Ungarischen Aufstands gegen Habsburg durch die von Wien ins Reich gerufene zaristische Armee, der es selbstverständlich gelang, die Aufständischen vernichtend zu schlagen. 12 magyarische Generäle wurden von den Russen in Arad aufgehängt.

Ungeachtet seiner zahlreichen und vielfältigen Ungereimtheiten hat der Wiener Kongreß doch einiges bewirkt. Von Bedeutung war die Schaffung einer kontinentalen Ordnungsstruktur, die trotz mancher "Schönheitsfehler" ein ganzes Jahrhundert (1815 - 1914) währte. Bemerkenswert ist, daß diese "sui generis"-Pseudoallianz, die übrigens in gewisser Hinsicht späteren Entwürfe und Realisierungen als Model diente, den europäischen Großmächte erlaubte, ihre tradierte Politik und vielfalls auch ihre ureigensten Interessen nahezu ohne Rücksicht auf die vermeintlichen Verbündeten und auf die unterjochten Völker fortzusetzen. Die Vereinbarungen wurden in Wien vom russischen Zaren Alexander I, dem österreichischer Kanzler Klemens Wenzel Nepomuk Metternich-Winneburg (dem eigentlichen Inspirator und Moderator der Konferenz), dem Fürsten Karl-August von Hardenberg, Kanzler Preußens, und dem Viscount Castlereagh, später Wellington, getroffen. Frankreich wurde vom herausragenden Politiker Charles Maurice Graf von Talleyrand blendend vertreten.

Der vermeintliche, von vielen Historikern positiv bewertete "100-jährige Frieden" war freilich kein solcher. Abgesehen von den europaweiten Revolutionen von 1830, 1848 etc. hat es auch einige kontinentale Kriege der alten Art gegeben: 1854/55 den Krimkrieg

(Frankreich, Großbritannien, das Osmanische Reich und Piemont gegen Rußland, um dessen Expansionsversuche in Richtung auf die meeren und das östliche Mittelmeer einen Riegel vorzuschieben), 1867 den Preußisch-Österreichischer Krieg wegen der Vormacht in Mitteleuropa und schließlich 1870/71 den folgenschwere Krieg zwischen Preußen und Frankreich um die Vormacht im Westen; der zum "historischen Zwist" zwischen Paris und Berlin führte und die Hauptursache für die beiden Weltkriege des 20. Jahrhundert war. Dennoch, infolge der ersten "industriellen Revolution", die in Westeuropa ihre Wiege hatte, der neuen technologiebedingten Strategien (Karl von Clausewitz) und der kolonialen Ausdehnung und Beherrschung eines Großteils des Globus, wurde Europa zum unbestrittenen Eckpfeiler der Weltpolitik und zum Motor der Weltwirtschaft. Maßgeblich für das die Welt verändernde Geschehen waren bis zum Ersten Weltkrieg letztendlich die gleichen europäischen Großmächte, die sich ein Jahrhundert zuvor um den "runden Tisch" in Wien versammelt hatten. Erst im Gefolge des Ersten Weltkrieges mauserten sich die Vereinigten Staaten von Nordamerika zunächst als ebenbürtige Großmacht, nach dem Zweiten Weltkrieg, gemeinsam mit dem zur Sowjetunion metamorphosierten Rußland, zu Supermächten, einen Rang, den sie bis heute beanspruchen und realitär auch besitzen.

Die in Wien konzipierte und anschließend verwirklichte Mächtestruktur hat freilich, ungeachtet der brutalen Umwälzungen und Zäsuren der letzten beiden Jahrhunderte, im wesentlichen die Zeiten überdauert. Die vielen Anpassungen und zeitbedingten Korrekturen täuschen nicht darüber hinweg, daß die Großmächtekonstruktion als eine alle anderen Machtkonstellationen überragende und institutionell vielschichtig abgesicherte Formation zu gelten hat und weiterhin uneingeschränkt maßgeblich die Weltpolitik bestimmt. Die wichtigen den Erdball betreffenden Entscheidungen werden nach wie vor - wenn auch oft kontrovers - von den Regierungen der "Großen" ausgehandelt und letztendlich der übrigen Welt mit sanfter Gewalt aufgezwungen.

Wer könnte sich wohl den Entscheidungen des UN-Sicherheitsrates und den Vereinbarungen der "G7" (bzw. "G7 ½") mit Aussicht auf Erfolg widersetzen?

Das Gewicht einzelner ehemaliger Großmächte erfuhr freilich in unserem Jahrhundert, bedingt durch Kriege und Krisen, gravierende Veränderungen. Die europäischen Führungsmächte verzeichneten allesamt relative Gewichtsverluste und gerieten bei weltpolitischen Kontroversen ins Hintertreffen. Westeuropa sah sich nach 1945 insgesamt gezwungen, sich dem Schutz des amerikanischen "atomaren Schirms" anzuvertrauen, der diesen Zweck erfüllte. Im östlichen Eurasien war ohnehin nur eine einzige maßgebliche Weltmacht, die Sowjetunion, mehr übrig geblieben, nachdem Japan eine vernichtende Niederlage erleben mußte.

Kennzeichnend für die Haltung Westeuropas war, daß es sich nach dem letzten Krieg schnell mit der kontinentalen Zweiteilung abfand und sich Moskau gegenüber kompromisbereit zeigte. Die politischen Führungsgremien hatten sich weitgehend mit dem Status quo der Spaltung abgefunden, die öffentliche Meinung vergaß, daß Europa auch die Länder östlich der von den westlichen Alliierten gemeinsam mit dem bolschewistischen Rußland willkürlich gezogenen, trennenden, historisch, demographisch sowie kulturell absurden "Demarkationslinie" umfaßte. Nur der erste wirtschaftliche Zusammenbruch der Sowjetunion, der Gorbatschew an die Macht

brachte und die Öffnung der Sowjetunion einleitete, öffnete die Augen des Westens gegenüber der kommunistischen Realität, wobei die Erkenntnisse bezüglich des Schicksals der osteuropäischen Völker vordergründig und kurzlebig blieben, die Angst vor der russischen Atomrüstung und den Kosten einer notwendigen Sanierung der osteuropäischen Wirtschaft nach der Wende dafür um so gründlicher und rascher ins Bewusstsein der Führung rückten. Die Spaltung Europas setzte sich - selbstverständlich in milderer demokratisch verbrämten Formen - nach 1990 fort, und Erklärungen für die Beibehaltung einer Quasizementierung der Zweiklassen-Europagesellschaft gibt es zuhauf. Bei allen Begründungen und Erklärungen überwiegen, sorgfältig kaschiert hinter wohlfeilen Ermahnungen und Belehrungen, die materiellen Argumente. Es mutet sonderbar, daß ausgerechnet jene Kräfte, welche die Staaten Mittelost- und Südosteuropas in den Krieg und danach ins bolschewistische Verderben stürzten, jetzt demokratische Moralpredigten halten. Und die ebenso überheblichen wie absurden Zurechtweisungen und Abgrenzungen nehmen kein Ende. Am deutlichsten schirmen sich die Vereinigten Staaten, welche nicht müde werden, auf die enormen Kosten einer Wiedervereinigung Europas hinzuweisen, unter einer Neuauflage der Monroe-Doktrin, vom Osten ab. Die Haltung Washingtons auf der Madrider NATO-Konferenz war entlarwend.

II. Die euroatlantischen Strukturen in der Periode 1918-1944/45

Es mag verwundern, daß die 1815 in Wien konzipierten Prinzipien und Strukturen eines globalen - damals freilich auf Europa beschränkten - Sicherheitssystems, die vielen nachträglichen Kriege, sozialen und ökonomischen Umwälzungen, Krisen etc. überdauerten und viele davon bis heute fröhliche Urstände feiern, und dies alles, obwohl andererseits den unzähligen internationalen Konferenzen nur für kurze Zeit und meistens oberflächlich gelang, echte Entspannung zu schaffen und diese Lage zu stabilisieren. Hauptgrund für dieses chronische Versagen war fast immer die Kurzsichtigkeit und der nationale Egoismus der Mächtigen, die darauf bedacht waren, den eigenen Interessen auf Kosten des Gemeinwohls Vorschub zu leisten;

sowohl auf der zwischenstaatlichen als auch auf der individuellen Ebene. Ein Großteil der Politiker weltweit waren stets mehr an den Wahlen im eigenen Land und an ihr persönliches politisches Fortkommen als an dem weitgehend inhaltsleer gewordenen Freiheits- bzw. Sicherheitspostulaten interessiert. Sie werkten in eigener Sache, ohne Rücksicht auf die Verluste der anderen. Hinzu addierten sich Ignoranz, Bequemlichkeit und Geiz zusammen, geheime Absprachen ersetzten die offene konstruktive Diplomatie. Und es gab auch Gewinner: eine winzige Minderheit. Die meisten waren freilich Verlierer, in vorhinein abgeschrieben "die Kleinen im Osten", nachdem sie als Maneuvermasse, Kannonenfutter oder Versuchskaninchen mißbraucht wurden.

Der Begriff "Idealist" ist einerseits verbraucht, andererseits, aus semantischen Gründen irreführend. Dennoch möchten wir einem Politiker, der eine maßgebliche Rolle während und nach dem Ersten Weltkrieg spielte, dieses Prädikat im positiven Sinne zugestehen. Von seinen eigenen Landsleuten und von vielen Zeitgenossen wurde er gar nicht oder mißverstanden: Der amerikanische Präsident Woodrow Wilson (1913-1921). War Wilson realitätsfremd, wie viele geborene oder berufsmäßige Skeptiker hinterher behaupteten, ein Utopist also, ein zu früh Geborener oder gar ein Ehrgeizling oder gar ein Mächtengern-Staatsmann? Keines davon, und dennoch ein wenig von alledem. Er glaubte an die Vernunft der Menschen und an den Segen der Demokratie. Er verkannte gründlich, daß beide oft nur als Spurelemente im wirklichen Leben anzutreffen sind, daß sie in wünschenswerter Form ganz selten vorkommen. Eine Erkenntnis, die auch einem Aristoteles oder Augustinus, einem Jean Bodin oder Francisco Suarez, nicht in den Schoß gelegt wurde.

Wilson hatte erkannt, daß der europäische Krieg noch absurder war als die meisten vorausgelaufene Konflikte; weil er sich zwischen zivilisierte Völkern zutrug, weil er allseits stupide Ziele verfolgte, weil er allen Beteiligten große Schaden und sonst nichts Bleibendes bringen würde, was sonst nicht mit friedlichen Mitteln hätte erreicht werden können. Am 5. März 1917, eineinhalb Jahre vor dem Kriegsende, vor 80 Jahren also, faßte er einen Nachkriegsordnungsplan in folgenden Worten zusammen:

"...that all nations are equally interested in peace of the world and in political stability of free peoples, and equally responsible for their maintenance; that the essential principle of peace is the actual equality of nations in all matters of rights and privilege, that peace can not securely or justly rest upon an armed balance of power, that governments derive all their powers from the consent of the governed and that no other powers should be supported by the common thought, purpose or power of the family of nations..."

So kann man sich irren! Eine aufmerksame Lektüre der Werke von Niccolò Machiavelli (1459-1527) - "Il principe", von Jean Bodin

(1529 - 1596) - "Les six livres de la Republique" und auch des altherwürdigen Plotin (3. Jahrhundert) - "Asinaria", II.4.88, welches den berühmten, von Thomas Hobbes übernommene Aphorismus "homo homini lupus" ("Leviathan") enthält, hätte ihm manche Enttäuschungen erspart. Stärker noch als viele Europäer glaubten die meisten Amerikaner an die Möglichkeit, das Böse im Menschen durch eigenes Wohlverhalten und gutes Zureden, durch Beispiele und die Verpflanzung des "American Way of Life" - was letzteres auch bedeuten mag - ausrotten zu können. Wilson wurde durch den eigenen Kongreß desavouiert. Die amerikanische Legislative hat sich bekanntlich geweigert, sich die in 14 Punkten zusammengefaßten Friedensvorstellungen des Präsidenten anzueignen. Ungeachtet mancher idealistisch anmutenden Redewendungen hätte die Präsidialvorlage allemal eine Diskussionsbasis, nach einigen Korrekturen sogar eine tragbare Grundlage für eine kontinentale oder atlantische Sicherheitskonstruktion bilden können und dadurch zu einem frühen Zeitpunkt eine Konsolidierung des in seinen Anfängen krisengeschüttelten Bolschewismus, den Nationalsozialismus in Deutschland gar nicht aufkommen lassen; eine verpaßte Gelegenheit, die Europas Weg in die Katastrophe hätte verhindern können. So wurde die seltene Chance sträflich vertan, eine Periode des Friedens und der Ordnung nach dem Fall gebracht, weil die Mehrheit ihrer Mitglieder fürchteten, es bei den darauffolgenden Wahlen, beim Elektorat nicht verkaufen zu können. Der unterschwellige Isolationismus und Absenteismus monroeischer Prägung hatte wieder einmal auf Kosten einer weltweiten Stabilisierung obsiegt. Dabei enthielt Wilsons Konzept im Gegensatz zu jenes von Metternich 100 Jahre zuvor keine absolutistische Elemente mehr, sondern, ganz im Gegenteil, einer - und das war entschieden ein Novum - Demokratisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen. Ein weiterer Paradox der Historie: die Nation, die sich bis heute als Mentor und Beschützer der Demokratie weltweit versteht, hatte dieser eine erste schwer zu überwindende Hürde in den Weg gestellt. Nach dem Zweiten Weltkrieg sollten viele noch gravierendere und noch anachronistischere Fehler begangen, die insgesamt etwa 100 Millionen Menschen das Leben kosten sollten.

So wurde Frankreich am "grünen Tisch" bei den Friedensverhandlungen, die im Juni 1919 in den Pariser Vororten Versailles, Trianon, St. Germain en Laze, Sevres und Neuilly sur Seine über die Bühne liefen, Verhandlungen, die - wiederum im Gegensatz zum Wiener Kongreß - Diktatcharakter hatten, von seinen wichtigsten Verbündeten, die USA und Großbritannien, bei der Entscheidung praktisch allein gelassen; denn Großbritannien war, entsprechend seiner Tradition, nach dem Sieg über den kontinentalen Hegemonen nicht mehr an Europa interessiert. London hat in der neueren Geschichte nur dann in das politische und militärische Geschehen Europas eingegriffen wenn eine kontinentale Macht das "balance of power" durch aggressive Aktivitäten gefährdete und dadurch zu einer Bedrohung für das Inselreich wurde. Dies war der Fall mit dem napoleonischen Frankreich, dem wilhelminischen Kaiserreich und dem nationalsozialistischen Deutschland. 1918 war Deutschland vernichtend geschlagen worden, verarmt, krisengeschüttelt und ohnmächtig und somit keine Bedrohung mehr für die restliche Welt; also uninteressant. Frankreich konnte daher ungestört seine Karten ausspielen und seine Vorstellungen, den eigenen Interessen entsprechend, beliebig durchsetzen.

Die Schwäche Deutschlands und das Desinteresse der Westmächte an eine gemeinsame Regelung der europäischen Nachkriegsordnung bot Frankreich in den Augen seiner Spitzenpolitiker eine einmalige Gelegenheit, selber in die Rolle einer kontinentalen Hegemonialmacht und eines Architekten Europas zu schlüpfen. Die Prägung der neuen Politik gaben solche konservative Staatsmänner wie Raymond Poincaré (1860-1934) und Georges Benjamin Clémenceau (1841-1929), letzterer mit dem Kosenamen "Le Tigre" gesegnet. Ihr Hass gegen Deutschland kannte kaum Grenzen und entsprechend sah ihr Diktat aus (der Besiegte saß, im Gegensatz zum Wiener Kongreß, nicht mehr am grünen Tisch, um seine eigenen Vorstellungen einzubringen); die schärfsten Deutschland aufgezwungenen Auflagen waren unmäßige Reparationsverpflichtungen, als Ersatz für die aufzulösende Wehrmacht eine 100 000 Mann umfassende "Heimwehr", die Preisgabe der "Waffenschmiede

Ruhrgebiet". Selbstverständlich mußte Deutschland die 1870 annektierten Gebiete Frankreich zurückerstatten. Die Folgen dieser drakonischen Auflagen waren voraussehbar: eine langhaltende Wirtschaftskrise, eine ausufernde Arbeitslosigkeit, soziales Elend, das Aufkommen des Extremismus. Das Land war für das nächste Jahrzehnt nahezu lahmgelegt.

Auf der Weltwirtschaftskonferenz von Genua (10. April - 19. Mai 1922) unternahmen die beiden großen Verlierer des Ersten Weltkrieges, das Deutsche Reich und das bolschewistische Rußland, einen letzten Versuch, die Bürden, die ihnen auferlegt waren, zu reduzieren bzw. die Isolierung, in der sie sich befanden, zu durchbrechen. Nachdem die sie interessierenden Fragen - Abrüstung, vor allem jedoch Reparationen - ausgeklammert wurden, verließen die deutsche und die russische Delegation die Tagung und begaben sich etliche Dutzend km. in westlicher Richtung, in die ligurische Kleinstadt Rapallo, wo sie am 16. April einen folgenschweren bilateralen Geheimvertrag schlossen. Wichtiger als die Wirtschafts- und Handelsvereinbarungen waren die geheimen Absprachen betreffend die Erprobung von neuen in Deutschland entwickelte Waffensystemen an geheimen Orten in Rußland, um der Aufmerksamkeit der französischen Kontrolleure zu entgehen. Die Wirtschaftsvereinbarungen erwiesen sich von Bestand; sie wurden 1926 und 1935 bestätigt und erneuert. Es überrascht, daß die maßgeblichen politischen Führer sich überrascht zeigten, als Außenminister Joachim von Ribbentrop Ende August 1939 nach Moskau flog, um mit seinem sowjetischen Kollegen Wiatscheslaw Michailowitsch Molotov den berühmt-berüchtigten "Pakt" zu unterschreiben. Diese Verständigung schaffte zwar kurzfristig einen tiefen Graben zwischen zwei Großmächten Mittel- und Osteuropas auf der einen, und den Westmächten auf der anderen Seite. Sie hob jedoch zugleich das "Münchener Abkommen" auf, das September 1938 auf Kosten kleinerer Staaten geschlossen wurde. Unterzeichner des "Münchener Abkommens" waren bekanntlich die Vertreter der klassischen Großmächte: Eduard Daladier (Frankreich), Arthur Nelville Chamberlain (Großbritannien), Benito Mussolini

(Italien) und Adolf Hitler (Deutsches Reich). Die ersten beiden Staaten, "altherwürdige" Demokratien, erkannten dadurch den Anschluß und die Annektion des Sudetenlandes durch Hitler ohne Rücksicht auf das Völkerrecht. Der Wiener Kongreß hatte zwar auch nur eine zweckgebundene Kooperation zwischen den damaligen Großmächten zustandegebracht. Die nachträglichen Konflikte und Brüche stellten allerdings nicht in dieser Offenheit den Wortbruch der Mächtigen gegenüber Dritten und den Opportunismus als Instrument der nationalen Politik bloß. "München" eröffnete der Rücksichtslosigkeit gegenüber Dritten, der Willkür der Starken gegenüber Schwachen, der Prinzipienlosigkeit der Mächtigen, Tür und Tor. Fast alles war fortan in der internationalen Politik erlaubt, jede Rechtfertigung wurde salonfähig oder einfach hingenommen, die Zuwiderhandlungen, Vertragsbrüche, Verbrechen wurden nur dann geahndet, wenn sie ein Schwacher, ein Besiegter angeblich begang. In Teheran (28. November - 1. Dezember 1943), Moskau (Oktober 1944), Jalta (4. - 11. Februar 1945) und Potsdam (17. Juli - 1. August 1945) haben zwei westliche Musterdemokratien in Zusammenwirken mit der totalitärsten Macht aller Zeiten sämtliche ethische und demokratische Prinzipien über Bord geworfen. Weit über 100 Millionen Europäer und mit den Nordkoreanern, später auch den Chinesen und Vietnamesen, insgesamt an die eineinhalb Milliarden Menschen, wurden aus Mut- und Einfallslosigkeit, oft aus Bequemlichkeit und aus Opportunismus, stets wider besseres Wissen, Stalin, Mao und anderen kommunistischen Satrapen preisgegeben. Ein Kuriosum der Geschichte oder eine historische Gesetzmäßigkeit: Alle Teilnehmermächte an Wiener Kongreß, die sich davor und danach bis in die Gegenwart befehdeten und durch ihre Kriege die Welt ins Unglück stürzten, maßen sich an, allein eine friedliche Weltordnung zu etablieren. Der Anspruch, eine elitäre Staatengruppe zu bilden, obsiegt stets über Rivalitäten, über Feindschaft und Kriege.

Neu in die erhabene Gruppe der Großmächte waren die Vereinigten Staaten, die erst durch ihre Beteiligung am Ersten Weltkrieg den Aufstieg

schafften. Nach Kriegsende sanken sie freilich in die Versenkung. Erst als Frankreich im Mai 1940 innerhalb von drei Wochen dem deutschen Druck erlag, wurde es Washington wirklich bewußt, wie mächtig Hitlerdeutschland geworden war. Am Anfang zählte nicht die Brutalität des Regimes und auch nicht primär die Eroberungswut Hitlers; ausschlaggebend war der antisemitische Wahn Hitlers und der Bruch Berlins mit den anderen europäischen "Ordnungsmächten". Und dann gab es noch die traditionelle angelsächsische Solidarität. Es kann davon ausgegangen werden, daß ohne die amerikanischen Hilfeleistungen an Großbritannien dieses Land, nach Frankreichs Kapitulation, untergegangen wäre. Wichtig war der von Roosevelt erlassene "Lend-Lease Act", der dem amerikanischen Präsidenten ermöglichte, nach eigener Einschätzung jene Staaten zu unterstützen die wichtig für die Sicherheit der Vereinigten Staaten waren. Am 16. Juni, eine knappe Woche vor dem Einfall der Wehrmacht in die Sowjetunion, erfolgte die Schließung der deutschen Konsularvertretungen auf amerikanischem Gebiet. Und wiederum zwei Wochen später - der Krieg zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion war gerade ausgebrochen - fand die Landung der Amerikanischen Truppen in Island statt, um eine Invasion der Wehrmacht vorzubeugen.

Der Beginn der Fraternisierung der USA mit Moskau setzte wenig später mit Kraft ein. Am 6. November 1941 gewährte Washington auch der UdSSR einen "Lend-Lease" Vertrag und damit eine Milliarden-Dollar Kredit, der später fast zu Gänze erlassen wurde. 1941 war das Jahr in dem mit den USA, Großbritannien und Rußland eine andere Dreimächte-Führungsriege gegründet wurde, eine zunächst als Provisorium bis zur Beendigung der Feindseligkeiten gedachte Troika, die sich aber zum Elend Osteuropas vom Bestand erwiesen sollte. Das Schicksal der kleineren und mittleren Mächte spielten in den Erwägungen der "Großen" wiederum keine Rolle. Diese waren nur Bauer auf dem Schachbrett der Mächtigen.

Die Vorbereitung der Nachkriegsordnung, die in die Gründung der UNO im Jahre 1945 mündete, vollzog sich parallel zu den Kriegskonferenzen. In diesen wurden die

konkreten Schritte für die Sanktionierung des Sieges über Deutschland und, am Rand, auch die Strukturen des künftigen Mächteparallelogramms ausgehandelt. Zwei Treffen, an denen sich zuletzt auch Rußland beteiligte, fanden in Washington statt und die USA zeigte sich erpicht, eine entscheidende Rolle bei der Planung und Instituierung einer globalen Ordnung zu übernehmen. Einen ersten ideellen Schritt markierten der amerikanische Präsident Franklin Delano Roosevelt und der britische Premier Winston Leonard Spencer Churchill. Sie trafen

sich auf zwei Kriegsschiffe - "Augusta" (USA) und "Prince of Wales" (Großbritannien) - auf der Placentia Bay, Newfoundland, Canada und entwarfen in wenigen Punkten das Schema des Nachkriegseuropas. Später wurde auch Asien in den Überlegungen einbezogen. Die an der Küste Canadas entworfene Charta sah unter anderem vor, daß nach dem Krieg jedwede vorzunehmende territoriale Veränderung sich nach dem Selbstbestimmungsprinzip richten müsse und jedes Volk sich souverän die Regierungsform wählen dürfe.

III. Die vermeintlich neue Mächtekonstellation "alter Prägung" aus der Sicht westlicher Experten (Nach der Devise "Aus alt mach neu")

Eine wachsende Anzahl von Experten und zunehmend auch von Politikern vertritt die Ansicht, daß der Zusammenhalt der Atlantischen Allianz bis zur Auflösung der Sowjetunion Anfang der 90er Jahre grundsolid war. Fast übereinstimmend führen die westlichen Sachkenner diese beachtliche Kohäsion auf die sowjetische Bedrohung zurück. Diese habe Westeuropa gezwungen, sich unter dem amerikanischen atomaren Schirm zu ducken. Man meint aber auch, daß diese Symbiose Amerika genutzt hat; Washington habe Westeuropa als vorgeschobenen Defensivschild gegen die UdSSR benutzt. Rußland und die GUS-Staaten bildeten jetzt angeblich keine Gefahr für die Atlantische Welt.

Reinhard C. Meier-Walser (Hochschule für Politik, Universität München) stellt hierzu fest, daß der Dialog zwischen den USA und der Europäischen Union laufend problematischer wird und besorgniserregende Zeichen von Verfremdung aufweist (1): eine Meinung, die auch der namhafte Journalist und Publizist Josef Joffe, und zwar bereits seit Anfang der neunziger Jahre, vertritt. Auch Joffe stellt einen schleichenden "Entfremdungsprozeß" fest, der einen "pathologischen Zustand" erreicht habe (2): Etwa zur gleichen Zeit befindet auch der amerikanische Politiker und politischer Publizist Henry Kissinger, daß "The Atlantic Alliance needs a renewal in a changed world". Im Grunde wirkt unterschwellig seit einigen Jahren erneut in stärkerem Maße eine isolationistische Welle des

Typus Monroe-Doktrin, welche die Gemüter der meisten Amerikaner niemals ganz verläßt und mit Bezug auf Europa seinerzeit auch Präsident Theodore Roosevelt (1901 - 1909) mit Nachdruck vertrat.(3)

Anzeichen für eine Abkühlung der Beziehungen zwischen den USA und der EU gab es auch in der Folgezeit. Der Politologe Stephen G. Bierling hat ebenso wie wiederum Warren Christopher auf die wachsende Bedeutung Asiens als kommende Wirtschaftsmacht und als Handelspartner für Amerika hingewiesen (4). Diese Stimmung scheint von Dauer zu sein.

Im übrigen haben sich die Vereinigten Staaten, die sich noch im Gefolge des Ersten Weltkrieges weigerten, unter Verzicht gewisser Souveränitätsrechte einer internationalen Organisation beizutreten, jetzt nach dem Zweiten Weltkrieg begriffen, daß es weltweite Verantwortung übernehmen muß. Nur in der Wahl der Verpflichtungen haben sie sich sehr auf Kosten Osteuropas geirrt. Die Unkenntnis über die europäischen Gegebenheiten, vor all jedoch eine vollkommen falsche Einschätzung des Bolschewismus und des imperialistischen Impetus Moskaus hat Roosevelt veranlaßt, die Nachkriegsordnung vom Kreml mitdiktieren zu lassen. Mit Fug und Recht läßt sich sagen, daß die Spaltung Europas zu gleichen Teilen das Werk Washingtons und Moskaus war.

Die Vereinigten Staaten fühlten sich nach 1945 sichtlich wohl in die Rolle einer Weltmacht zu schlüpfen. Sie meinten freilich, dies nicht

allein machen zu sollen. Als ebenbürtigen Partner entschieden sie sich ausgerechnet für die Sowjetunion, wobei sie dieser deren vermeintlichen Kenntnisse und guten Vorsätze in östlichen Teil Europas beimaßen. Erst als das Kind im Brunnen gefallen war, merkte Washington, daß es die Teilung der Welt in zwei feindlichen Hälften mitverursacht hatte.

Paradoxerweise fand sich Washington mit der Teilung der Welt mit der Zeit ab und gewann je sogar gewisse Vorteile. Zwischen Moskau und Washington entwickelte sich über alle ideologischen und politischen Gegensätze hinweg eine Art ungeliebte, jedoch leidlich funktionierende Partnerschaft der "Großen". Die ebenso widersprüchliche wie skurrile Konstruktion entsprach in manchem dem von Wiener Kongreß vorgezeichneten Muster, doch die beiden Supermächte sorgten jeweils für ihr Revier, für Frieden. Der amerikanische Experte und später Berater des Präsidenten Ronald Reagan, Helmut Sonnenfeldt, entwickelte hierfür die Doktrin, die seinen Namen erhalten sollte, welche den Gedanken einer Rollenverteilung, mit dem man leben konnte, enthielt.

Die amerikanische Politik hat über lange Zeit unter einer besonderen Art von Schizophrenie gelitten: einerseits tritt Washington als weltweiter Hüter der Demokratie und als Friedensstifter auf, andererseits greift es in der Weltpolitik nur dann, und dann mit Gewalt an, wenn es seine Interessen gefährdet sieht (Cuba, Irak, Iran). Bei der Vorliebe für üble Diktatoren bleiben sie freilich nicht allein. Sie unterstützten ebenso wie Frankreich und Großbritannien Kreaturen wie Saddam Hussein, so lange dieser in einem grausamen Krieg gegen den Iran die Kastanien für selbstverschuldete Entwicklungen aus dem Feuer zu holen schien. Und ebenfalls wie die anderen Westmächte und vor allem Rußland ließ Washington am Anfang den chauvinistischen Internationalist Svobodan Milosevitsch das jugoslawische Drama schüren. Der wohl abscheulichste Tyrann des kommunistischen "Commonwealth", der rumänische Satrap Nicolae Ceausescu, war bis in die 90er Jahre Liebling der amerikanischen Politik. Anlässlich seines letzten Besuches in den USA 1978

bezeichnete ihn sein Gastgeber, Präsident Jimmy Carter, als einen der bemerkenswertesten Politiker unserer Zeit, zu einem Zeitpunkt als Millionen von Rumänen hungerten und froren.

In den 80er Jahren wurden die westlichen Großmächte ihrer Komprisbereitschaft gegenüber das Böse in der Welt allmählich überdrüssig. Die über längere Zeit geübte Technik "Wegschauen" und "die eigene Suppe kochen" griff nicht mehr wie ehemals. Man gestattete nach überlangen Warten die Beseitigung des Apartheid, in Zimbabwe wartete man aber doch noch beharrlich bis Mobutus Tod. Und hinsichtlich Rußland, unterstützten die alten und neuen Demokratien mit erstaunlicher Konsequenz das kaputte Rußland ungeachtet der gefährlichen Unbedarftheiten Boris Jelzins und der imperialistischen Anwendungen vieler seiner Landsleute. Als im September 1998 der ehemalige KGB-Chef, Ewgenij Primakov zum Ministerpräsidenten berufen wurde, hat es in Bonn, Paris und London ein Aufatmen der Erleichterung gegeben. Namhafte Politiker bezeichneten diese Berufung als Glücksfall und begründeten ihre Erfreudung damit, daß der Genannte sich als kooperativer und ausgewogener Außenminister bewährt habe. Den Experten fällt angesichts seiner Rolle im jugoslawischen Konflikt und bei mancher internationalen Konferenz schwer diese Einschätzung nachzuvollziehen. Die Widersprüche der Weltpolitik und der Verrat tradierter Werte mag ein Grund dafür gewesen sein, daß weltweit in der demokratischen Emisphäre sich politikverdrossen eingestellt und die Volkstümlichkeit bzw. Autorität namhafter Politiker Kratzer hat. Diesmal sei auch ein Grund dafür warum so viele Amerikaner sich von den internationalen Politik noch mehr als früher abgewandt und in der Vergangenheit dem schnöden Geldverdienen und der eigenen kurzsichtig eingeschätzten Sicherheit zuwandten. Wie gravierend diese national-introspektive Umwandlung ist, läßt sich an einigen Beispielen messen: bei den letzten Wahl für den amerikanischen Kongreß erlitt ein republikanischer Kandidat, immerhin drei Jahre Justizminister der George Bush-Administration und ein bekannter Politiker, eine spektakuläre

Niederlage. In einem Wahlbezirk, das als traditionelle republikanische Hochburg gilt, der demokratische Überraschungsgewinner hatte in seinen Wahlreden dem Präsidenten Bush vorgeworfen, er habe vor lauter Außenpolitik die Innenpolitik arg vernachlässigt. Sein Slogan lautete: *"It's time to take care for our own!"* - ein Nachtigallgesang in den Ohren des Durchschnittsamerikaners. In der Tat: George Bush, der knapp ein Jahr zuvor mit vergleichsweise geringen Verlusten einen kanten Sieg über den Irak errungen hatte und damit den Zenit seiner Popularität erreicht zu haben schien, erhielt bei dem Versuch zum zweiten mal die Präsidentschaft zu erringen eine ebenso überraschende, wie niederschmetternde Niederlage. Die Experten befanden, daß er ein Opfer der Medien war, die über längere Zeit in Meinungsumfragen, den Puls der Wählerschaft maßen und, getreu dem ungeschriebenen Gesetz der obligatorischen Verleugnung vor

Schaltquoten und Auflagenzahlen, für Bill Clinton die Trommel schlugen (5). Ein weiteres Beispiel: "Los Angeles Times", dies was die Auflagenstärke anbelangt, bundesweit viertgrößte Zeitung, ließ wegen Mangel an Interesse seine Leserschaft an gehobener Lektüre die Wochenbeilage "Außenpolitik" ersatzlos eingehen (6). Ein Fazit: der Schweizer Politikwissenschaftler Michael Brenner rechnet nicht mehr damit, daß die Vereinigten Staaten sich in absehbarer Zeit noch zu einer echt partnerschaftiger Beziehung zu Europa finden. Im Kongress überwiege gegenwärtig eine "Individualisierung" der Volksvertreter, die zur Labilität der Legislative führe. John Fitzgerald Kennedy, bemerkt Brenner, habe sich seiner Zeit noch darauf lassen können, daß die Masse der Amerikaner seinem Apell entsprechen würde: *"to bear any burden, to pay any price"*. Heute könnte man dies nicht mehr erwarten (7). Die USA waren im Wiener Kongreß nicht vertreten.

IV. Ist Europa noch Verbündeter, "Junior Partner" oder satelit der USA?

Die Grundkonzeption für eine europäische Nachkriegsordnung ist zweifelsfrei Charles André Joseph Marie de Gaulle (1890 - 1970) zu verdanken, der sich mit gallischer Präzision dem bundesdeutschen Kanzler Konrad Adenauer (1876 - 1967) beim Wiederaufbau des ruinierten Europas wählte und damit die "historische Feindschaft" verwandelte. Ungeachtet der oft unterschiedlichen Einschätzungen der beiden Völker, der amerikanischen Welt- und Europapolitik, sowie der gelegentlichen Ängste der Franzosen - insbesondere nach der Wiedervereinigung Deutschlands - hinsichtlich der Größe und Wirtschaftsstärke Deutschlands, ziehen Bonn und Paris in der Weltpolitik in aller Regel an gleicher Strang. Was die Einschätzungen über die Postulate der Gegenwart anbelangt, erscheint der langjährige Vorsitzende der europäischen Kommission am besten geeignet, Zeugnis über den jetzigen EU-Zustand abzulegen. Jaques Delors, zwischen 1985-1995 Leiter der EU-Kommission und zugleich enger Vertrauter des Präsidenten François Mitterrand, empfahl kurz nach seinem Ausscheiden der Europäischen Union folgende Ziele anzupfeilen und zu verwirklichen:

- die Zahl der Mitgliedstaaten von 15 auf 30 zu erhöhen;
- angesichts dessen, daß im Osten des Kontinents gewisse Elemente der Komandowirtschaft noch nicht beseitigt wurden, diese schleunigst zu eliminieren;
- alle europäische Organe - Kommission, Parlament, Tribunal; Europarat - für alle Staaten des Kontinents zu öffnen;
- das geistige Vertrauen aller europäischen Staaten zu lestigen.

Delors wagt eine Einschätzung, die leider heutzutage nicht mehr in verdienter Breite anzutreffen ist. Er schreibt:

"Unsere Brüder im Osten, die durch den historischen Mißgeschick von uns getrennt leben mußten, sind in kultureller, geographischer und geistiger Hinsicht ebenso Europäer wie unsereiner. Ihre Aufnahme (in der Gemeinschaft - u.A.) stellt aus der Sicht des XXI. Jahrhunderts unsere bedeutendste Aufgabe dar. Selbstverständlich wird ihre Integration nicht leicht sein... Wie soll man verfahren angesichts ihrer doch so unterschiedlichen Eigenschaften und einer Geschichte, die anders verlief, mit eigenen, eingebauten Ängsten und Hoffnungen..." (8)

So wie sich Westeuropa uns heute darstellt, ist dieses Halbkontinent der Vision einiger weniger überragender Gestalten zu verdanken - einmal de Gaulle und Adenauer, dann aber auch Alcide de Gasperi, Maurice Schumann, Walter Hallstein, u.a. Zwei europäische Nationen, die sich ursprünglich fremd waren und feindlich gegenüber standen, haben manchmal einzeln, zumeist jedoch zusammen, mit einer von Schwierigkeiten materieller, weltanschaulicher und psychologischer Art getragenen kooperativen Elan zu einer immer noch nicht ganz fertigen Gemeinschaft, in einem noch regional organisierten europäischen Torso geschaffen. Die Vereinigten Staaten waren mit Ausnahme der Geburtsstunde Westeuropas, als sie wesentliche Unterstützung einbrachte, nur mehr in Ansätzen, etwa beim Aufbau der gemeinsamen Verteidigung, vertreten. Rußland ist noch im Kreis der "Großen" auf Wunsch der

traditionellen historischen Hegemonen, die sich Wunschträumen und Nostalgien hingeben, dabei die Hoffnung, daß es noch lange dabei bleibt, dürfte eine Illusion sein, voreinst ist Moskau bemüht durch negative Einmischungen in Krisenregion Bosnien, Kosovo, usw. negativ und spalterisch einzuwirken. Die Mittel- und Südosteuropa streben hingegen in überzeugender Einhelligkeit in die Europäische Gemeinschaft, von der sie willkürlich 1945 ausgeschlossen wurden. Die Aufnahme stellt nicht allein ein Postulat notwendiger Wiedergutmachung dar. Sie entspricht auch einem Zwang der sich aus der historischen Ratio aufgrund gewonnener Erfahrung ergibt. Die Verweigerung oder Verschiebung der kontinentalen Wiedervereinigung ist absurd und kontraproduktiv, nicht zuletzt mit Blick auf die sich weltweit formierenden politischen und ökonomischen Gebilden in Asien und Amerika.

Anmerkungen:

-
1. Meier-Walser, Reinhard C., *Weltpolitischer Umbruch und transatlantische Partnerschaft*, in "Transatlantische Partnerschaft", S.8/9;
 2. Joffe, Josef, *Das postmoderne Bündnis*, "Süddeutsche Zeitung" 10.02.92;
 3. Hellmann/Wolf, *Neorealism, Neoliberal, Institutionalism and the Future of NATO*, in "Transatlantische Partnerschaft", S.22-24;
 4. Bierling, Stephan C., *Vom atlantischen zum pazifischen Zeitalter?*, ebd, S.126;
 5. Bierling, Stephan C., *Supermacht ohne Führungskraft*, in "Internationale Politik", Nr. 5/1996;
 6. Rielly, John, *Pragmatischer Internationalismus*, ebd 3/1995;
 7. Brenner Michael, *The New Congress or U.S. Policy towards Europe*, in "Politik und Gesellschaft" 4/1995;
 8. *Europa muß sich reformieren*, in "Internationale Politik," 9/1995